

Microsoft Blog Statements

Ein Schritt auf dem Weg zur Überprüfung der Rechtsprechung zu Durchsuchungsbeschlüssen

Veröffentlicht von David Howard,
Corporate Vice President & Deputy General Counsel, Microsoft
25. Apr. 2014, 06:04 Uhr

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung des von Microsoft im Blog Technet am 03.02.2014 veröffentlichten Artikels **Unfinished business on government surveillance reform**

Ein Schritt auf dem Weg zur Überprüfung der Rechtsprechung zu Durchsuchungsbeschlüssen

Veröffentlicht von David Howard,
Corporate Vice President & Deputy General Counsel, Microsoft
25. Apr. 2014, 06:04 Uhr

Die US-amerikanische Regierung verfügt nicht über die Befugnis, eine Hausdurchsuchung in einem anderen Land durchzuführen. Sie sollte auch nicht die Befugnis haben, die Inhalte von Emails, die nicht in den USA gespeichert werden, zu durchsuchen.

Um diesen Grundsatz zu bewahren, haben wir bereits vor Monaten eine förmliche Anfechtungsklage („legal challenge“) gegen einen US-amerikanischen Durchsuchungsbeschluss („search warrant“) eingereicht, der sich auf den Inhalt einer Email eines Kunden von uns bezog, der ausschließlich außerhalb der USA gespeichert wurde. Heute haben wir eine Erstentscheidung in dieser Sache erhalten, die den Status Quo zunächst aufrechterhält, für uns aber ein notwendiger Schritt bei unserer Bemühung ist, sicherzustellen, dass sich die Regierungen an Recht und Gesetz halten, wenn sie uns künftig um die Herausgabe von privaten Daten unserer Kunden ersuchen.

Bei Einreichung der Anfechtungsklage war klar, dass der Rechtsweg zunächst bei einem Magistrate Richter („magistrate judge“) beginnen wird und dass wir erst später höchstwahrscheinlich die Möglichkeit haben werden, den Fall vor

einem US-amerikanischen Distriktrichter („district court judge“) und voraussichtlich auch vor einem US-amerikanischen Berufungsgericht („federal court of appeals“) zu verhandeln. Heute hat der Magistrate Richter, der den besagten Durchsuchungsbeschluss ursprünglich angeordnet hatte, unserer Ansicht widersprochen und unsere Anfechtungsklage abgewiesen. Damit ist der erste Schritt vollzogen, um die Angelegenheit vor die Gerichte zu bringen, die dazu befugt sind, die langjährige Ansicht der US-amerikanischen Regierung zur Anwendbarkeit von Durchsuchungsbeschlüssen, bei denen es um außerhalb der USA digital gespeicherte Inhalte geht, zu berichtigen.

Obwohl die Gesetzeslage kompliziert ist, ist die Sache an sich einfach. Es ist allgemein anerkannt, dass ein US-amerikanischer Durchsuchungsbeschluss in der physischen Welt nur zur Erlangung von Gütern genutzt werden kann, die sich im Ho-

heitsgebiet der USA befinden. So kann ein US-amerikanischer Staatsanwalt keinen US-amerikanischen Durchsuchungsbeschluss erwirken, um damit eine Hausdurchsuchung in einem anderen Land durchzuführen. Genauso wenig kann ein Staatsanwalt eines anderen Landes in seinem eigenen Land einen Durchsuchungsbeschluss erwirken, um eine Durchsuchung in den USA durchzuführen. Aus diesem Grund haben die USA eine Vielzahl von bilateralen Vereinbarungen abgeschlossen, die besondere Verfahrensweisen für die Beweiserhebung in einem anderen Land regeln. Wir sind der Auffassung, dass dieselben Vorschriften auch auf die Online-Welt angewandt werden sollten - die amerikanische Regierung teilt diese Auffassung allerdings nicht.

Wir möchten eindeutig hervorheben, dass wir die wichtige Rolle, die die Strafverfolgung für den Schutz von uns allen hat, anerkennen. Wir versuchen nicht, die Ermittlungen der Regierung zu behindern und sind der Meinung, dass diese in der Lage sein sollte, die erforderlichen Beweise zu erlangen, um gegen mögliche Straftaten zu ermitteln. Wir sind lediglich der Auffassung, dass die Regierung verpflichtet sein sollte, die von ihr selbst eingeführten Verfahren für den Erhalt von physischen Beweismaterial außerhalb der USA zu befolgen. Die Initiierung derartiger gerichtlicher Überprüfungen ist eines der Datenschutz-Commitments, die wir im Dezember veröffentlicht haben. Wir werden dieses Thema weiterverfolgen, da wir der Meinung sind, dass wir die Gesetzeslage richtig auslegen, und uns unsere Kunden zudem mitteilen, dass sie mit unseren Datenschutz-Commitments sehr zufrieden sind.

Originaltext

One step on the path to challenging search warrant jurisdiction

Posted by David Howard,
Corporate Vice President & Deputy General Counsel, Microsoft
25 Apr 2014, 6:04 PM

The U.S. government doesn't have the power to search a home in another country, nor should it have the power to search the content of email stored overseas.

To protect this principle, we filed a formal legal challenge months ago to a U.S. search warrant seeking customer email content that is located exclusively outside the United States. Today we received an initial decision that maintains the status quo but is a necessary step in our effort to make sure that governments follow the letter of the law when they seek our customers' private data in the future.

When we filed this challenge we knew the path would need to start with a magistrate judge, and that we'd eventually have the opportunity to bring the issue to a U.S. district court judge and probably to a federal court of appeals. Today the Magistrate Judge, who originally issued the warrant in question, disagreed with our view and rejected our challenge. This is the first step toward getting this issue in front of courts that have the authority to correct the government's longstanding views on the application of search warrants to content stored digitally outside the United States.

While the law is complicated, the issue is straightforward. It's generally accepted that a U.S. search warrant in the physical world can only be used to obtain materials that are within the territory of the United States. A U.S. prosecutor cannot obtain a U.S. warrant to search someone's home located in another country, just as another country's prosecutor cannot obtain a court order in her home country to conduct a search in the Uni-

ted States. That's why the U.S. has entered into many bilateral agreements establishing specific procedures for obtaining evidence in another country. We think the same rules should apply in the online world, but the government disagrees.

To be clear, we respect the critical role law enforcement plays in protecting all of us. We're not trying to frustrate any government investigations, and we believe the government should be able to obtain evidence necessary to investigate a possible crime. We just believe the government should have to follow the processes it has established for obtaining physical evidence outside the United States.

Bringing these types of jurisdictional challenges is one of the data privacy commitments we made in December, and we'll continue to pursue this issue because we believe we're right on the law and because our customers have told us they value our privacy commitments.

Originalpost:

<http://blogs.microsoft.com/on-the-issues/2014/04/25/one-step-on-the-path-to-challenging-search-warrant-jurisdiction/>